

Keine Kriminalisierung der AntifaschistInnen in Gräfenberg und anderswo!

42 Mal im Zeitraum von knapp drei Jahren terrorisierten Nazis die oberfränkische Kleinstadt Gräfenberg mit ihren Aufzügen zum dortigen, völlig überdimensionierten Kriegerdenkmal, zuletzt am 22. August 2009 mit behördlich geduldeter Aufenthaltsdauer von fünf Stunden in Gräfenberg. Mit diesen Aufzügen verharmlosen oder leugnen sie die Verbrechen der Nationalsozialisten und verbreiten rassistische, antisemitische und menschenverachtende Propaganda. Im Jahr 2006 formierte sich ein aktiver, vielfältiger und friedlicher Widerstand gegen die „Heldenverehrung“ der ewig Gestrigen, getragen vom Gräfenberger Bürgerforum und anderen Gruppierungen.

Am 30. Juli 2009 stand in Forchheim ein Nazigegner aus Nürnberg vor Gericht. Ihm wurde vorgeworfen, am 25. Juli 2008 eine Nazi-Versammlung in Gräfenberg „gesprengt“ zu haben, indem er sich mit zahlreichen anderen Menschen auf die Straße setzte. Gegen den Strafbefehl von 900 Euro legte er Widerspruch ein. Über einhundert DemonstrantInnen versammelten sich ab 7.30 Uhr vor dem Forchheimer Amtsgericht. Die breite Solidarität und eine große Medienöffentlichkeit bewirkten mit, dass das Verfahren gegen eine Zahlung von 100 Euro schließlich eingestellt wurde. Leider folgen in Forchheim weitere Prozesse dieser Art. Schon im Oktober 2009 sollen weitere aktive Nazi-GegnerInnen vor dem Amtsgericht Forchheim stehen...

Wir klagen an ...

- ... die zuständigen Mitarbeiter im Landratsamt Forchheim wegen Sprengung des Gräfenberger Friedenspreisfestes.
- ... die Bamberger Polizeibehörden wegen Einschüchterung zivilgesellschaftlich engagierter Menschen durch die Anordnung unsäglicher erkennungsdienstlicher Maßnahmen.
- ... die zuständigen Bamberger Staatsanwälte wegen der Kriminalisierung des demokratischen Widerstandes gegen die unentwegten Nazi-Aufmärsche in Gräfenberg.
- ... jene an demokratischer Einfältigkeit leidenden Behörden, die sich mit Berufung auf das Versammlungsgesetz gegenüber Nazis und Rassisten „neutral“ verhalten.

Begründung der Anklage

Am 25. Juli 2008 wollte das Gräfenberger Bürgerforum mit all seinen Unterstützern die Verleihung des Würzburger Friedenspreises feiern. Die Forchheimer Behörden ermöglichten den Nazis einen zeitgleichen Aufmarsch. Ca. 200 empörte FriedensfestteilnehmerInnen verhinderten spontan den Vorbeimarsch der Nazihorden am Friedensfest, indem sie auf der Straße stehen blieben.

Polizeibeamte in Zivil fahndeten mit Portraitfotos in Gräfenberger Kneipen und auf den Straßen nach den Namen der friedlich protestierenden NazigegnerInnen.

Die Staatsanwaltschaft leitete darauf hin gegen ca. 60 Personen Ermittlungsverfahren ein. Es wurden mehrere erkennungsdienstliche Maßnahmen angeordnet (Aufnahme von Fingerabdrücken, Speichelprobe usw.). Acht Versammlungsteilnehmer wurden wegen „Versammlungssprengung“ angeklagt.

Diese Vorgehensweise der Behörden hatte zum Ziel, den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Nazis zu schwächen und zu spalten.

Wolfgang Helbig, Vorsitzender Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht, schätzte die Situation folgendermaßen ein: Das Münchner Kreisverwaltungsreferat hätte einen Vorbeimarsch von Neo-Nazis an einer Friedensfeier so nicht zugelassen

(vgl. „Bayerisches Versammlungsgesetz und Zivilcourage“, www.denning.spd-muenchennordost.de).

Keine Kriminalisierung der AntifaschistInnen in Gräfenberg und anderswo!

Wir verurteilen deshalb die Behörden ...

- ... anzuerkennen, dass nicht nur Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte, sondern insbesondere eine aktive Zivilgesellschaft die Demokratie am Leben erhält und gestaltet.
- ... zivilgesellschaftlich engagiert Handelnden Respekt entgegenzubringen.
- ... zum selbstkritischen Hinterfragen ihres selbstherrlichen bürokratischen Handelns.
- ... dazu, die Menschenrechte zu verteidigen und nicht Rassisten zu schützen.
- ... dazu, ihre scheinbare Neutralität aufzugeben, wenn Nazis auf unseren Straßen Hass verbreiten.

Lassen wir die angeklagten NazigegnerInnen nicht alleine!

Kommt alle zum Prozess gegen eine Anti-Nazi-Aktivistin vor dem Amtsgericht Forchheim am Dienstag, 6.10.2009. Der Prozess beginnt um 9 Uhr. Ab 8 Uhr findet eine Kundgebung vor dem Amtsgericht Forchheim, Kapellenstraße 15, statt.

Samstag, 26.9., 10 – 14 Uhr und Freitag, 2.10.2009, 14-17 Uhr:
Infotisch und Flyerverteilung in Forchheim am Paradeplatz / Ecke Hauptstraße
(Fußgängerzone)

Wir fordern die sofortige und bedingungslose Einstellung aller bevorstehenden Verfahren gegen aktive NazigegnerInnen!

Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg (AAB)
Bündnis gegen Rechts Neustadt / Aisch - Bad Windsheim
Bürgerforum Gräfenberg
Deutscher Freidenker Ortsverband Franken
DGB - Region Oberfranken-West
DIDF - Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V Nürnberg
GEW Bezirksverband Mittelfranken
Jugendbündnis gegen Rechts Neustadt / Aisch
Landkreisbündnis gegen Rechtsextremismus Weißenburg-Gunzenhausen
Nürnberger Bündnis Nazistopp
Radikale Linke (rl) Nürnberg
ver.di Mittelfranken
VVN-BdA Bamberg
VVN-BdA Nürnberg

3. Auflage:
Anarchistisches Aktionsbündnis Unterfranken A.A.U.
Rock gegen Rechts e.V.

Solidaritätskonto:
Max Gnugesser-Mair,
Stichwort "Solidarität Gräfenberg",
Postbank Nürnberg BLZ 76010085,
KontoNr. 170678857

V.i.S.d.P.: M. Gnugesser-Mair, Schwabacher Str. 19, 90762 Fürth